



18.07.2008

Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft
- Presse- und Informationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
E-Mail: info@botschaft-frankreich.de
Internet: www.botschaft-frankreich.de

Programm der Französischen EU-Ratspräsidentschaft Rede von Staatspräsident Nicolas Sarkozy vor dem Europäischen Parlament

Straßburg, 10. Juli 2008

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren Parlamentarier,

es ist mir eine große Ehre, heute vor Ihrer Versammlung zu sprechen, in einem sehr schwierigen Moment für Europa. Ich denke, wir tragen alle eine große Verantwortung. Als amtierender Präsident des Rats der Europäischen Union kommt mir natürlich eine große Verantwortung zu, aber für alle überzeugten Europäer gilt dasselbe. Wie können wir Europa aus der Krise helfen, in der es sich derzeit befindet? Wie können wir den Stillstand vermeiden? Wie können wir unsere Meinungsunterschiede überwinden, um sie in den Dienst eines gemeinsamen europäischen Ideals zu stellen?

Wir sind hier im Herzen der europäischen Demokratie. Die Ehre, hier sitzen zu können, verdankt jeder von Ihnen der Unterstützung Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Alle Lager sind vertreten, das linke, das rechte und die politische Mitte. Insgesamt vertreten Sie 27 verschiedene Länder. Heute ist es jedoch wichtig, dass wir unsere Unterschiede als Stärke im Dienste der Europäischen Union nutzen, die sich in einer schwierigen Lage befindet. Wir müssen diese Unterschiede als Gelegenheit nutzen, um jene Europäer zu überzeugen, die besorgt sind. Wir müssen die Demokratie beleben, d.h. die erforderlichen Debatten führen und zeigen, dass Europa nicht zum Stillstand kommen will. Wir müssen alle mitnehmen. Unsere Familie besteht aus 27 Staaten, wir dürfen niemanden zurücklassen.

In wenigen Monaten finden wichtige Entscheidungen für das Europäische Parlament statt. Es ist legitim, dass wir alle daran denken, aber zugleich müssen wir heute ein Europa zeigen, das sich für alle einsetzt. Ich habe sicherlich schon leichtere Phasen erlebt, als die, in der sich Europa heute befindet. Wenn Sie gestatten, will ich ganz offen zu Ihnen sprechen, dabei bin ich mir natürlich darüber im Klaren, dass ich als Ratsvorsitzender gehalten bin, im Namen aller zu sprechen, die Empfindlichkeiten aller zu berücksichtigen und zugleich richtige Antworten zu liefern.

Gleich vorab sei gesagt: Wir haben ein institutionelles Problem. Mit dem Lissabon-Vertrag haben die Staats- und Regierungschefs versucht, eine Kompromisslösung zu finden. Niemand hat behauptet, der Lissabon-Vertrag könne alle Probleme lösen, aber er war und ist das Ergebnis eines Kompromisses, der allen entgegenkommt. Auch ich als französischer Staatspräsident musste mich meiner Verantwortung stellen. 2005 hat Frankreich den Vertrag abgelehnt, und dieses Nein war ein Problem für Frankreich.

Meine Damen und Herren, die Fragen, die sich uns stellen, sind schwierig und komplex. Wir sollten also versuchen, all diese Fragen unmittelbar und vorbehaltlos anzupacken. Das ist es, was man von uns erwartet.

Ich habe den Franzosen schon vor den Präsidentschaftswahlen vorgeschlagen, den Lissabon-Vertrag durch das Parlament zu ratifizieren. Ich habe schon vor den Präsidentschaftswahlen gesagt, dass ich in Frankreich kein Referendum organisieren würde. Ich habe es den Franzosen auf dem demokratischen Weg gesagt. Drei Tage vor meiner Wahl zum Staatspräsidenten war das also eine Entscheidung, die schwere Konsequenzen hätte mit sich ziehen können. Ich bereue diese Entscheidung nicht. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass institutionelle Fragen, Fragen die die Funktionsweise Europas betreffen, Sache der Parlamentarier sind und nicht über ein Referendum entschieden werden sollten. Das ist eine politische Entscheidung, zu der ich stehe, eine politische Entscheidung, zu der ich in meinem Land vor den Wahlen gestanden habe. Es ist also eine absolut demokratische Entscheidung.

Heute stellt sich das Problem des irischen Neins; einem Franzosen steht es sicherlich am wenigsten zu, über das irische Nein zu urteilen, gab es doch zuerst ein niederländisches und dann ein französisches Nein. Ich werde also am 21. Juli zum ersten Mal als Ratspräsident zu Besuch in Irland sein, ich werde zuhören, Gespräche führen und versuchen, Lösungen zu finden. Die französische Ratspräsidentschaft wird in Abstimmung mit der irischen Regierung eine Vorgehensweise und - ich hoffe - auch eine Lösung vorschlagen, und zwar entweder im Oktober oder im Dezember.

Die Frage ist folgende: Wir dürfen die Iren nicht vor den Kopf stoßen, und zugleich müssen wir uns klar werden, unter welchen Bedingungen und mit welchem Vertrag wir die Europawahlen 2009 organisieren. Wir haben also noch ein wenig Zeit, aber nicht mehr allzu viel. Wir müssen wissen, auf welcher Grundlage wir die Europawahlen organisieren, das sind wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern schuldig. Die Grundlage ist entweder der Lissabon-Vertrag oder der Vertrag von Nizza. Es wird keine weitere Konferenz über die Institutionen geben; es wird keinen weiteren Vertrag geben. Es wird entweder Nizza oder Lissabon sein. Verstehen Sie mich richtig: Das ist meine Meinung, deshalb muss sie aber keineswegs die einzig wahre sein.

Ich habe schon immer zu den Befürwortern der EU-Erweiterung gezählt. Die Erweiterung von 2004 war ein Erfolg. Die Familie ist wieder geeint, das müssen wir nicht bereuen. Aber ich habe auch schon immer zu denjenigen gezählt, die bedauern, dass Europa nicht weise genug war, sich vor der Erweiterung neue Institutionen zu Grunde zu legen. Das war ein Fehler, für den wir heute bezahlen. Es wäre mutiger gewesen, zuerst neue Institutionen zu schaffen und sich dann zu vergrößern. Verstehen Sie mich nicht falsch: Die Erweiterung an sich bedauere ich selbstverständlich keineswegs, denn die Familien muss geeint sein. Aber mit derselben Entschlossenheit, Herr Präsident, sage ich eben auch, dass wir dieselben Fehler nicht noch einmal machen dürfen. Wenn wir beim Vertrag von Nizza bleiben, dann bleiben wir beim Europa der 27. Wenn wir die EU-Erweiterung wollen, und ich will die Erweiterung, dann brauchen wir neue Institutionen, bevor wir uns vergrößern. Ein Europa, das nicht in der Lage ist, neue Institutionen zu schaffen, und zugleich einzig und allein das

Ziel verfolgt, sich zu erweitern, so als trete es die Flucht nach vorne an, wäre wohl kaum begreiflich.

Im Klartext heißt das also: Wenn wir die Erweiterung wollen - und wir wollen die Erweiterung -, dann brauchen wir neue Institutionen. Und noch etwas: Ich befürworte eine Erweiterung um die Balkanstaaten, denn unsere kroatischen wie auch unsere serbischen Freunde sind zweifelsohne Europäer. Zugleich kann es jedoch nicht sein, dass die Staaten, die die Erweiterung befürworten, sagen: „Lissabon wollen wir nicht, aber neue Erweiterungen wollen wir.“ Es kann nur beides geben, die Erweiterung und den Lissabon-Vertrag. Das hat nichts mit Erpressung zu tun, denn in Europa wird niemand erpresst; sondern es ist vielmehr eine Frage der Kohärenz, eine Frage der Aufrichtigkeit und eine Frage der Logik. Was Kroatien angeht, müssen wir die Verhandlungen fortsetzen. Jeder muss sich jedoch seiner Verantwortung bewusst sein. Wenn es in Europa neue Erweiterungen geben soll, und es muss neue Erweiterungen geben, dann nur auf der Grundlage von neuen Institutionen.

Ich will noch auf eine andere Frage zu sprechen kommen. Hier und da höre ich in den europäischen Debatten: „Dann werden wir eben ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten haben, das ist doch nicht schlimm.“ Es mag sein, dass wir eines Tages - leider - ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten haben müssen, aber das kann nur die letzte, die allerletzte Lösung sein. Die Schandmauer, die Europa gespalten hat, die Diktatur, unter der 80 Millionen Europäer leben mussten: Für all das musste Europa teuer bezahlen. Wir sollten also nachdenken, bevor wir Länder hinter uns zurücklassen.

Bei den Verhandlungen über den Lissabon-Vertrag in Brüssel hat sich Frankreich dafür eingesetzt, dass Polen im Vertrag voll und ganz der Platz eingeräumt wird, der ihm zusteht. (...) Die Familie besteht aus 27 Mitgliedern. Wir dürfen niemanden zurücklassen, wir müssen alle in die europäische Familie mitnehmen. Genau in diesem Sinne wird die französische Ratspräsidentschaft arbeiten.

Nichts wäre schlimmer als ein Europa, das still steht, weil es wieder einmal in ein institutionelles Psychodrama versinkt; ich glaube darüber sind wir uns alle einig. Das wäre schrecklich. Wir lehnen Institutionen ab, die uns lähmen, und zugleich sind die Europäer ungeduldig, weil sie uns zu unbeweglich finden.

Trotz der institutionellen Schwierigkeiten, vielleicht gerade aufgrund der institutionellen Schwierigkeiten hat Europa die Pflicht, zu handeln, und zwar sofort. Die französische Ratspräsidentschaft möchte, dass wir diese Botschaft den Europäern alle gemeinsam übermitteln. Wir arbeiten an Lösungen für die institutionellen Schwierigkeiten, das heißt jedoch nicht, dass wir nichts mehr tun können. Wie lauten unsere Prioritäten? In erster Linie müssen wir den Europäern zeigen, dass Europa ihnen Schutz bieten kann. Schutz, zu diesem Begriff würde ich gerne etwas sagen: Seit der frühesten Antike haben die Menschen vor allem aus einem Grund eine öffentliche Gewalt eingerichtet, nämlich um geschützt zu werden. Herr Parlamentspräsident, Europa muss Schutz bieten, ohne protektionistisch zu sein. Denn Protektionismus führt zu nichts. Es ist jedoch ein unglaublicher Rückschritt, zu sehen, dass es europäische Bürgerinnen und Bürger gibt, bei denen das Europa, das geschaffen wurde, um sie zu beschützen, Befürchtungen auslöst, anstatt ihnen ein Gefühl des Schutzes zu geben. Es ist also an uns, anhand konkreter Ziele zu zeigen, dass Europa sie beschützen wird.

Das erste Ziel ist das Klima-Energie-Paket. Wenn es einen Bereich gibt, in dem unsere Nationen alleine nichts erreichen können, dann ist es die Bewahrung der ökologischen Gleichgewichte unseres Planeten. Die Umweltverschmutzung, das CO₂ und die Ozonschicht kümmern sich herzlich wenig um die Grenzen zwischen unseren Ländern.

Was auf dem Spiel steht, ist jedoch beträchtlich, denn seit den Ergebnissen der IPCC wissen wir, dass wir die letzte, wirklich die letzte Generation sind, die die Katastrophe aufhalten kann. Wenn wir nicht sofort handeln, werden die folgenden Generationen die Schäden zwar begrenzen, aber nicht mehr verhindern können. Also sagen alle Länder: „Ich bin bereit, etwas zu tun, vorausgesetzt die anderen machen den Anfang.“ Mit solch einer Logik werden unsere Entscheidungen keinerlei Spuren bei den Enkeln unserer Enkel hinterlassen. Wenn wir Europäer warten sollen, bis die anderen etwas tun, bevor wir handeln, dann können wir lange warten. Wir haben Europa geschaffen, um eine Vorstellung von Zivilisation zu vermitteln, um Werte zu verteidigen, die uns eigen sind. Zu diesen Werten gehört auch die Gewissheit, dass die Welt keine Chance mehr hat, wenn wir nicht unverzüglich handeln. Europa muss ein Beispiel geben. Um ein Beispiel geben zu können, muss Europa beispielhaft sein. Wir haben ein Ziel: die Konferenz 2009. Diese Konferenz muss die Zeit nach Kyoto regeln. Europa muss bei dieser Konferenz mit einer Stimme sprechen und im Vorfeld den Entschluss gefasst haben, das Klima-Energie-Paket zu verabschieden. Andernfalls werden wir China, Indien, die Schwellenländer und die USA nicht überzeugen können, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen. Es ist also von ausschlaggebender Bedeutung, dass wir das von der Kommission vorgelegte Klima-Energie-Paket unter französischem EU-Vorsitz beschließen. Dieses Paket verlangt uns viel ab, es ist schwierig, aber dennoch will ich alle auf ihre Verantwortung hinweisen. Wenn jedes Land nun über die störenden Punkte und über die Schwierigkeiten des Pakets verhandeln will, dann werden wir nie eine Einigung erzielen. Aus diesem Grund hat die französische Ratspräsidentschaft das Europäische Parlament gebeten, sich an ihrer Seite zu engagieren, damit wir in den kommenden sechs Monaten den Beschluss des Klima-Energie-Pakets erreichen. Das ist eine Priorität, nicht von links oder von rechts, sondern es ist schlicht und einfach eine Frage des gesunden Menschenverstandes. Wenn wir diese Verhandlungen auf der Ebene der Nationalstaaten führen, werden wir keine Lösung finden.

Sicherlich gibt es Elemente, die präzisiert und angepasst werden müssen. Ich denke dabei vor allem an eine sehr schwierige Frage im Zusammenhang mit unseren Unternehmen, für die wir Regeln zur Bewahrung der globalen Gleichgewichte aufstellen werden. Ist es richtig, dass wir unseren Unternehmen in Europa lebenswichtige Regeln auferlegen und zugleich weiterhin Produkte aus Ländern importieren, die diese Regeln in keiner Weise einhalten? Das hat nichts mit Protektionismus zu tun, sondern hierbei geht es vielmehr um Gleichheit, um Gerechtigkeit und darum, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Es gibt Schwierigkeiten bei der Bestimmung eines Ausgleichsmechanismus an unseren Grenzen. Sollen wir kostenlose Emissionsquoten oder einen Ausgleichsmechanismus einrichten? Ich weiß es nicht, aber auf jeden Fall müssen wir darüber debattieren.

Zu einer anderen Frage: Eine Reihe von Mitgliedstaaten, dabei denke ich vor allem an jene Länder, die 2004 beitreten sind und deren Energie-Mix im Wesentlichen aus fossilen Energien besteht, wird beträchtliche Anstrengungen unternehmen müssen; diese Länder sagen uns: „Seit zehn Jahren wächst unsere Wirtschaft, macht uns dieses Wachstum nicht kaputt.“ Es gibt sicherlich Mittel und Wege, alle mitzunehmen; daran müssen wir mit dem Kommissionspräsidenten arbeiten, und zwar so, dass niemand sagen kann, sein Land sei zur Rezession, zur Misere, zur Armut und zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Dieses Klima-Energie-Paket ist für uns eine absolute Priorität. Die Welt kann nicht mehr warten, Europa muss den Weg zeigen.

Zweite Priorität: Es ist jetzt so, dass von den 27 Ländern 23 zum Schengen-Raum gehören. Also 23 von 27, ohne die Länder, die nicht zur Europäischen Union, aber zu Schengen gehören. Also gibt es oft Diskussionen unter uns. Was heißt das? Es heißt, dass wir den völlig freien Verkehr zwischen den Ländern des Schengen-Raums beschlossen haben. Ich möchte den Fraktionsvorsitzenden und den Parlamentariern im Namen Frankreichs sagen,

dass wir mit Bernard Kouchner und Jean- Pierre Jouyet eine Entscheidung getroffen haben, die nicht so leicht zu treffen war. Seit dem 1. Juli gibt es keinerlei Beschränkungen mehr beim Zugang zum französischen Arbeitsmarkt, denn ich habe angekündigt, dass ich alle Beschränkungen aufheben werde, die von meinen Vorgängern ausgehandelt worden waren. Alle Arbeitnehmer aus allen Ländern Europas können in Frankreich arbeiten. Das war nicht so einfach, das war nicht so leicht. Ich sage das übrigens in Anwesenheit französischer Abgeordneter jeglicher politischer Richtung, man hatte mir das Schlimmste vorausgesagt, wenn ich diese Entscheidung treffen würde; und wie üblich haben wir die Entscheidung getroffen, aber das Schlimmste ist nicht eingetreten. Ich mochte die Polemik über den viel zitierten polnischen Klempner nicht, der ein ziemlich jämmerliches Bild meines Landes, ein ziemlich jämmerliches Bild Europas abgegeben hat. Dafür haben wir alle die Europäische Union nicht aufgebaut. Doch ab dem Moment, wo wir keine Grenzen mehr zwischen uns haben – ist es da gerechtfertigt, ist es vernünftig, dass jeder weiter für sich eine Einwanderungspolitik festlegt, die die Zwänge der anderen nicht berücksichtigt? Der europäische Einwanderungspakt ist ein Dokument, das für die französische EU-Ratspräsidentschaft von wesentlicher Bedeutung ist. Aus zwei Gesichtspunkten: Erstens – und es sei mir erlaubt, zunächst die Linke hier im Plenum anzusprechen – weil wir, wenn wir alle, also alle europäischen Länder, eine europäische Einwanderungspolitik vereinbaren, dann nehmen wir die Einwanderung aus den nationalen Debatten heraus, in denen die extremen Meinungen das Leid der einen und die Angst der anderen in den Dienst von Werten stellen, die nicht die unseren sind. Die einzige Art, die Einwanderungsdebatte verantwortungsvoll zu führen, besteht darin, sie in eine europäische Politik einzubinden, der keine politischen Hintergedanken anhaften; und die Länder mit unterschiedlichen Sensibilitäten dazu verpflichtet, zusammen zu arbeiten. Was Brice Hortefeux vorgeschlagen hat, was von allen Ministern verabschiedet wurde und jetzt im COREPER und dann im Europäischen Rat diskutiert werden muss, schien mir eine Priorität, die zeigt, dass Europa keine Festung sein will, dass Europa den Zutritt nicht verwehrt, dass Europa Arbeitseinwanderung braucht, dass Europa aber nicht alle aufnehmen kann, die nach Europa wollen. Und was das politische Asyl angeht, so kann es nicht sein, dass jemand 27 Anträge in 27 Demokratien einreichen kann (...). Im Übrigen sind wir im Hinblick auf die Entwicklung mit Afrika stärker, wenn wir zusammen arbeiten. Das also ist die zweite Priorität der französischen Ratspräsidentschaft.

Dritte Priorität: Wir wollen ein Konzept voranbringen, von dem oft in Europa gesprochen wurde, das aber recht schleppend vorankommt, nämlich die europäische Verteidigung. Ich weiß sehr wohl, dass im Zusammenhang mit dieser Frage nicht immer Einigkeit besteht, aber es sei mir gestattet, meine Überzeugungen darzulegen. Wie kann Europa eine politische Macht sein, die Gehör findet, wenn Europa nicht in der Lage ist, sich zu verteidigen und seine Mittel in den Dienst seiner Politik zu stellen? Nehmen wir das Beispiel Kosovo, das in meinen Augen ein Erfolg der Europäischen Union ist. Es ist ein europäisches Problem, das die Europäer lösen müssen. Wie sollen die Europäer es weiter lösen, wenn die Europäer sich nicht militärische und personelle Mittel verschaffen, um die Entscheidungen durchzusetzen, die wir gemeinsam getroffen haben? Wie ist es vorstellbar, dass Europa der Wirtschaftsraum mit dem größten Wohlstand wird, wenn wir nicht in der Lage sind, unsere eigene Verteidigung sicherzustellen? Zwar gibt es die NATO; und niemand käme auf die Idee – schon gar nicht ich –, den Nutzen der NATO in Frage zu stellen. Es geht nicht um europäische Verteidigungspolitik oder NATO, es geht um die NATO, das Bündnis mit den Amerikanern, und eine unabhängige europäische Sicherheitspolitik. Es geht um beides gleichzeitig, nicht das eine gegen das andere. Auch kann man nicht mit einem Europa weitermachen, das seine Sicherheit mit dem Beitrag von nur vier oder fünf Ländern gewährleistet, während sich die anderen auf die Anstrengungen dieser vier oder fünf Länder verlassen. Man kann nicht weiter jeder für sich Flugzeuge bauen und eine Rüstungsindustrie unterhalten, die sich Konkurrenz macht, die sich ruiniert

und letztlich geschwächt wird, nur weil man nicht die Kraft hat, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik zu führen.

Vierte Priorität: die so schwierige Frage der Gemeinsamen Agrarpolitik. Hiermit komme ich zu meiner Schlussfolgerung, die übrigens damit in Zusammenhang steht. Und eben weil es schwierig ist, muss man darüber sprechen. Ich weiß sehr wohl, dass unter uns Agrarstaaten sind, die vehement die Arbeit ihrer Bauern verteidigen; und gleichzeitig Staaten, die meinen, diese Politik sei zu teuer. Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, an den gesunden Menschenverstand zu appellieren. 2050 wird es 9 Milliarden Menschen auf dem Planeten geben. Schon jetzt verhungern 800 Millionen Menschen. Alle 30 Sekunden stirbt ein Kind an Hunger. Ist es da vernünftig, von Europa zu verlangen, es möge seine Agrarproduktion einschränken, wo doch die Welt noch nie zuvor so viele Nahrungsmittel brauchte? Ich glaube nicht, dass das vernünftig ist. Das ist keine Frage der französischen Landwirtschaft, es ist eine Frage des gesunden Menschenverstands. Und noch etwas: Ob man ein Agrarland ist oder nicht – Lebensmittelsicherheit geht alle an. Ist es vernünftig, dass wir, zu Recht, unseren Viehzüchtern und Bauern Vorschriften betreffend die Nachverfolgbarkeit und die Sicherheit machen und weiterhin Fleisch nach Europa einführen, das woandersher kommt und bei dem die Regeln, die wir unseren Landwirten auferlegen, nicht eingehalten werden?

Noch nie waren die Agrarpreise so hoch. Es ist genau der richtige Moment, um von Preisen zu sprechen, auch von Subventionen und von der Gemeinschaftspräferenz. Ich glaube auch, dass wir uns, zwischen dem Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik und den Finanzentscheidungen, auf Konzepte wie die ausreichende Nahrungsmittelversorgung für Europa und die Lebensmittelsicherheit für Europa verständigen könnten.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch viele andere Themen, wie zum Beispiel die soziale Frage. Ein tolles Thema. Aber lassen Sie mich eines sagen: Ich sehe da manchmal einen gewissen Widerspruch: zwischen der konformen Vorstellung, dass Europa sich nicht in alles einmischen soll, dass Europa sich nur um das kümmern soll, was es selbst betrifft; und denen, die Europa vorwerfen, es würde sich in alles einmischen und die dann die ersten sind, die sich beklagen, wenn man nicht über die soziale Dimension spricht, wobei die Mitgliedstaaten bislang immer wollten, dass die Sozialpolitik in erster Linie eine nationale Frage sein sollte. Weil die Renten und weil die Gesundheit vor allem nationale Themen seien. Meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe von sozialen Richtlinien, die Präsident Barroso zu Recht auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ich denke an die Betriebsräte, an die Zeitarbeit, an einige Mindeststandards, die überall in Europa eingeführt werden müssen. Auch das wird Priorität für die französische EU-Ratspräsidentschaft haben.

Noch weitere Themen müssten auf die Agenda der französischen EU-Ratspräsidentschaft gesetzt werden, auch wenn sie nicht in die europäische Zuständigkeit fallen. Zum Beispiel etwas, das uns alle angeht, die Alzheimer-Krankheit, von der Millionen Europäer betroffen sind. Natürlich macht die Subsidiarität es dennoch nicht zu einer europäischen Zuständigkeit. Ich wünsche mir, dass die französische EU-Ratspräsidentschaft ein Treffen mit allen Spezialisten aus allen europäischen Ländern organisiert, damit wir die besten Verfahrensweisen zusammenbringen; damit unsere Forscher ihre Kompetenzen zusammenführen; damit man, wo man doch nichts von dieser Krankheit weiß, gemeinsam eine Lösung finden kann. Stellen Sie sich vor, was die Europäer dann über Europa sagen würden: Es ist eine Möglichkeit, schlimme Krankheiten abzuwehren. Was ich zu Alzheimer gesagt habe, könnte ich auch zum Krebs sagen, der Familien zerstört. Es gibt keinen Grund, dass jeder in seinem Eckchen nach Lösungen für den Krebs sucht, wo wir zusammen mehr Mittel hätten und stärker wären.

Schließlich möchte ich noch zur Kultur und zum Sport sagen, dass es ein großer Irrtum wäre, nicht über Themen zu sprechen, die die Europäer in ihrem Alltag betreffen. Es gibt eine europäische kulturelle Ausnahme. Wir müssen die Kultur zu einem Bestandteil der alltäglichen Debatte in Europa machen. Die Welt darf nicht angesichts einer einzigen Sprache und einer einzigen Kultur abflachen. Die Frage der Besteuerung von Videos und CDs und auch die Besteuerung von Büchern muss ganz klar gestellt werden. Was den Sport betrifft, der ja ein Thema ist, das über die politischen Trennungen hinaus geht, würde ich mir wünschen, dass es in Europa wie für die Kultur auch für den Sport eine Ausnahme gibt.

Ich bin für den freien Verkehr von Personen und Gütern, aber ich akzeptiere nicht, dass man unsere Fußball-Clubs plündert und damit die Ausbildungsbemühungen einiger Clubs zunichte macht, indem man dort 14-jährige Jungen rausholt, die in ihren Clubs bleiben müssten, um der Ausbildungspflicht zu genügen. Eine Ausnahmeregelung für den Sport, die besagt, dass der Sport nicht einfach den Regeln der Marktwirtschaft gehorcht, dürfte alle europäischen Abgeordneten vereinen.

Zum Abschluss eine letzte Bemerkung. Ich weiß sehr wohl, wo ich diese Bemerkung mache: Ich mache sie im Herzen der europäischen Demokratie. Europa hat unter vielem gelitten. An erster Stelle hat Europa unter der Feigheit einiger von uns gelitten, die gerne die Verantwortung auf Europa abgewälzt haben (...). So etwas nennt sich Feigheit; und ich sage dem Parlamentspräsidenten wie dem Kommissionspräsidenten: Die EU-Ratspräsidentschaft wird mit Ihnen Hand in Hand arbeiten. Wenn der eine oder andere Mitgliedsstaat nicht damit einverstanden ist, soll er es sagen. Wie ich Gelegenheit hatte, es dem polnischen Präsidenten zu sagen; er hat selbst den Lissabon-Vertrag verhandelt, er hat sein Wort gegeben, ein Wort muss man in Ehren halten. Das ist keine Frage der Politik, es ist eine Frage der Moral.

Aber Europa hat noch unter anderen Dingen gelitten. Europa hat unter einem Mangel an Debatten gelitten. Dieser Punkt liegt mir sehr am Herzen. Unsere Institutionen sind unabhängig. Aber Unabhängigkeit ist nicht gleichbedeutend mit Gleichgültigkeit. Wenn wir, die politisch Verantwortlichen, wenn wir nicht den Mut haben, zu debattieren – worüber zu debattieren? Welche Wirtschaftsstrategie ist richtig? Welche Währungsstrategie ist richtig? Welche Wechselkursstrategie ist richtig? Jeder kann selbstverständlich – und das sage ich auch unseren deutschen Freunden – seine eigenen Überzeugungen haben. Aber niemand hat das Recht, eine Debatte zu verhindern, eine Debatte, die sinnvoll ist. Natürlich will jeder eine Einigung, die Einigung im Handel wird gerade vereinbart. Aber niemand darf Angst haben zu sagen, dass Europa nicht naiv sein darf. Wir müssen über die Vorteile des freien Handels sprechen.

Wir müssen aber auch den Schwellenländern klar machen, dass es keinen Grund dafür gibt, dass sie dieselben Rechte fordern, ohne dieselben Pflichten zu übernehmen. Die europäische Debatte muss furchtlos geführt werden. Wir müssen die europäische Debatte in gegenseitiger Achtung führen, aber wir dürfen keine Angst haben, unsere Überzeugungen zu verteidigen. Unsere Überzeugungen werden nicht in Frage gestellt. Auch die Unabhängigkeit der EZB wird nicht in Frage gestellt, wenn man darüber nachdenkt, ob es vernünftig ist, die Zinssätze auf 4,25 % anzuheben, während die Amerikaner Zinssätze von 2 % haben. Man nimmt vielmehr an einer Debatte teil. Eine ruhige Debatte, in der niemand die Wahrheit kennt – zumindest nicht ich, aber auch nicht unbedingt die Fachleute, von denen effiziente Entscheidungen erwartet werden.

In diesem Sinne also, meine Damen und Herren, gedenke ich zusammen mit den französischen Ministern diese Verantwortung zu übernehmen. Ich weiß sehr wohl, dass es schwierig ist. Ich weiß sehr wohl, dass man als Ratspräsident nicht die Interessen seines

Landes, sondern die Interessen der EU vertritt. Ich weiß sehr wohl, Herr Präsident, meine Herren Vorsitzende, dass man im Interesse des Europa der 27 zusammen spielen muss. Ich hoffe, in sechs Monaten wird jeder sagen können: Europa ist dank Ihrer Mitwirkung und Ihrer Unterstützung vorangekommen.

Vielen Dank.